



**Damit Sie draußen wissen, was drinnen vorgeht!**



Aus der Sitzung des Grazer Gemeinderates vom 13. November 2008

# Ein Zeichen der Solidarität Gegen Kahlschlag bei der Post!

Der Grazer Gemeinderat setzte am 13.11. auf Antrag der KPÖ ein Zeichen der Solidarität mit den Beschäftigten von Post und Telekom. Einstimmig ersuchte er Regierung und Parlament, den Beschäftigungsabbau und die Postamtsschließungen zu stoppen. In Graz darf kein einziges Postamt geschlossen werden. Der Beschluss über die Verlegung der Fernmeldeschule nach Wien muss aufgehoben werden.

Mit Mehrheit wurde auch - gegen die Stimmen der ÖVP- die Forderung beschlossen, die Liberalisierungsrichtlinien der EU, die den Post- und Telekombereich in Österreich betreffen, vorderhand nicht umzusetzen.

Die schwarz-grüne Mehrheit lehnte aber die Forderung ab, die Teilprivatisierung von Post und Telekom rückgängig zu machen. In diesem Punkt stimmten SPÖ, FPÖ und BZÖ für den KPÖ-Antrag.

KPÖ-Gemeinderat Manfred Eber

Manfred Eber begrüßte es als Antragssteller, dass der Gemeinderat ein deutliches Signal setzen konnte: „Schließlich geht es auch um zahlreiche Arbeitsplätze, die in unserer Stadt vernichtet werden sollen. Die Post AG zahlte in den letzten drei Jahren 278 Millionen Euro an Dividenden, bei der Telekom waren es im gleichen Zeitraum gar 939 Millionen. Die Einsparungsmaßnahmen dienen also nicht der Sanierung, sondern der Erzielung von zusätzlichem Profit.

Es geht uns um die betroffenen Beschäftigten ebenso wie um die Bevölkerung, die von den geplanten Maßnahmen auch betroffen ist. Der Stadt Graz kann es nicht egal sein, wenn vielleicht hunderte Mitarbeiter auf der Straße stehen. Da-



**KPÖ-Gemeinderat  
Manfred Eber**

durch sinkt die Kaufkraft in der Stadt, die Sozialtöpfe werden verstärkt in Anspruch genommen, die Bevölkerung muss längere Wege in Kauf nehmen, was für viele zusätzliche Belastungen bedeutet und auch für die Umwelt negative Konsequenzen hat.“

## Rat und Hilfe



**Wohnungsstadträtin  
Elke Kahr - KPÖ,  
Tel. 0316 / 872 21 51,  
Rathaus Graz**

## Grünes Licht für Wohnhaussanierung

Grünes Licht für die umfassende Sanierung von städtischen Wohnhäusern. Der Gemeinderat genehmigte die Aufnahme von Wohnbaukrediten des Landes für Schönaugürtel 62 (Jakomini) und Ghegagasse 29a..(Lend). Stadträtin Elke Kahr: „Das gibt uns die Möglichkeit, unsere Sanierungsoffensive bei den Gemeindewohnungen fortzusetzen. Unsere Mieterinnen und Mieter haben ein Recht auf schöne und zeitgemäße Wohnungen“.

## November 2008

### Anträge und Initiative der der KPÖ im Stadtrat und im Gemeinderat:

#### Gaspreis: Für amtliche Preisregelung



Theater im Gemeinderat. Im Oktober haben Grüne und ÖVP einen Antrag der KPÖ gegen die Gaspreiserhöhung niedergestimmt. Jetzt forderten sie den Gaspreisbonus für alle Steirer, KPÖ-Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch: „Das Bonus-System ist unüberschaubar. Wir sind für eine Senkung des Gaspreises und für eine amtliche Preisregelung bei Energie.“

Auf die Grazer Bevölkerung kommt eine neue Belastung zu. Die Energie Graz kündigt für 2009 schon wieder eine Strompreiserhöhung an. Fabisch: „Auch das ist eine Folge des Teilverkaufs“.

#### Volksschule Leopoldinum

Der Vertrag der Stadt Graz mit den Barmherzigen Schwestern bezüglich des Standortes der Volksschule Leopoldinum in der alten Poststraße 106 soll im Jahr 2013 ablaufen. Mag.<sup>a</sup> Ulrike Taberhofer forderte im Gemeinderat eine Klärung des Sachverhaltes: „Ich halte es für dringend erforderlich, diese Volksschule über 2013 hinaus weiterzuführen, denn aus meiner Sicht wäre eine Nichterneuerung des Vertrages kontraproduktiv, da der Anteil der Kinder in unserer Stadt im Steigen begriffen ist und bis 2013 sogar 40 Mill. Euro an Investitionen für Schulaus- und -neubau angedacht sind.“



#### Steinwüste



#### Messevorplatz

KPÖ-Gemeinderat Christian Sikora griff eine Anregung der Jakomini-Bezirksrätin Edeltrud Ulbl-Taschner auf und forderte eine attraktive und einladende Platzgestaltung vor der neuen Messe-Halle. Derzeit ist dort nämlich eine Steinwüste.

Sikora: „Die Lage bietet sich hervorragend zur künstlerischen Gestaltung mit mehr Grün durch schattenspendende Bäume, mit innovativen Sitzgelegenheiten und mit einem zentralen Blickfang mittels eines Brunnens. Der Platz vor der neuen Messehalle soll auch dann zum Verweilen einladen, wenn nicht gerade Messezeiten sind.“

Diese Initiative wurde im Gemeinderat von allen Parteien unterstützt.

#### Förderung für Elektromopeds



Bis zu 300 Euro bekommt man in Ober- und Niederösterreich, Salzburg, Wien und Klagenfurt als Förderung, wenn man ein Elektromoped kauft.

Die Fahrzeuge kosten im Betrieb nur einen Bruchteil eines Mopeds mit Benzinmotor und haben den Vorteil, keinen Lärm zu erzeugen. In Graz gibt es eine derartige Förderung noch nicht.

Gemeinderätin Gertrude Schloffer: „Die Stadt soll die Möglichkeit einer Förderung beim Ankauf eines Elektromopeds prüfen wie dies bereits in anderen Bundesländern praktiziert wird.“

#### GVB-Zweistundenkarte

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch tritt für die Umwandlung der jetzigen Stundenkarte des Verkehrsverbundes für die Kernzone Graz in eine Zweistundenkarte bei gleichbleibendem Preis ein. Die Stundenkarte, die meist dazu dient, kurze Einkäufe oder sonstige Erledigungen in der Innenstadt zu vollziehen, gewinnt bei einer Verlängerung der Geltungsdauer um 60 Minuten an Attraktivität und befreit die Kunden der GVB von der Sorge, unfreiwillig zum Schwarzfahrer zu werden. Diese Lösung wäre für alle Beteiligten von Vorteil: Für die BenutzerInnen, die GVB sowie die Innenstadtkaufleute und Gewerbetreibende.

#### Ausverkauf geht weiter



Es gibt noch ein Immobilienpaket, um das Budget kurzfristig zu sanieren. Diesmal will man knapp 20 Millionen Euro hereinbringen - durch den Verkauf des Orpheum, des Frauenhauses, von Werkstätten der Stadt.

Auch das Arche Noah-Grundstück wird verscherbelt.

Dazu kommen das Hilmteichschlössl, der Campingplatz beim Straßganger Bad, noch nicht verkaufte Teilflächen des Volksgartens oder Metahofparks, mehrere Spielplätze und auch das Männerwohnheim der Stadt.

Klubobfrau Ina Bergmann: „Die KPÖ lehnt dieses Paket ab. Es verlagert nämlich nur die Schulden der Stadt in eine eigene Gesellschaft. Dafür muss die Stadt immer mehr Miete zahlen, weil die Objekte zurückgemietet werden.“

Alle weiteren Anträge und Initiativen der KPÖ im Grazer Gemeinderat finden Sie unter:  
[www.kpoe-graz.at](http://www.kpoe-graz.at)

Aus dem Grazer Gemeinderat:  
Exklusive Information aus erster Hand!



**KPÖ**  
GRAZ  
[www.kpoe-graz.at](http://www.kpoe-graz.at)